



Gemeinderatssitzung vom 20. Juni 2023

Zusammenfassung der wichtigsten Tagesordnungspunkte. Die vollständige Niederschrift liegt im Rathaus auf und kann bei Interesse eingesehen werden.

Pkt. 2 **Bericht der Bürgermeisterin über die umgesetzten Maßnahmen seit der letzten Gemeinderatssitzung und über die Vorhaben der nächsten Zeit**

Bürgermeisterin Claudia Schlager berichtet kurz über zwei besondere Angelegenheiten:

a) Absetzung des Tagesordnungspunktes 13

Diese Absetzung dient einem weiteren positiven Miteinander bei der Umsetzung von Projekten. Die Rathaustür steht immer für vernünftige und positive Vorschläge und einen konstruktiven Dialog offen, dies ist in unser aller Interesse. Nur durch eine offene und respektvolle Kommunikation können wir eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft gestalten. Es haben im Vorfeld einige Vertreter einer Bürgerinitiative den Kontakt zu einzelnen Gemeinderäten gesucht, daraufhin bin ich auch offensiv an die Bürgerinitiative herangetreten und habe um einen gemeinsamen Termin gebeten, der bereits heute um 16.00 Uhr stattgefunden hat. Es waren drei Vertreter anwesend und ich möchte mich hier für dieses konstruktive und unparteiische Gespräch ausdrücklich bedanken.

Ausgehend von den Anliegen, die mir vermittelt worden sind und weil mir ein gemeinsames Entwickeln von Ideen immer wichtig ist, habe ich mich nach Absprache mit meinen Fraktionskollegen kurzfristig entschlossen diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Wichtig ist mir aber, dass wir trotz Information im Vorjahr, die gesamte Bevölkerung informieren wollen. Daher möchte ich alle Anwesenden und die gesamte Bevölkerung einladen sich über den aktuellen Planungsstand am 03. Juli 2023, um 19.00 Uhr in der Bauermühle, zu informieren. Wir werden hier nochmal das Projekt und den Teilbebauungsplan präsentieren.

Pkt. 3 **Fragestunde (längstens bis 20.30 Uhr)**

a) **Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez** erkundigt sich nach dem Grund der **Ableitung des Mühlbaches in die Wulka** und merkt an, dass die Gefahr besteht, dass durch das Austrocknen des Baches der Baumbestand gefährdet ist.

Bürgermeisterin Claudia Schlager stellt fest, dass der Mühlbach über Wunsch von betroffenen Anrainern abgeleitet wird, aber derzeit durch die Trockenheit sowieso wenig Wasser führt. Wir haben Kontakt mit den Wasserbauexperten des Landes aufgenommen und sind dabei ein Konzept erstellen zu lassen.

c) **Stadtrat Thomas Haffer** erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung bei der **Homepage**.

Bürgermeisterin Claudia Schlager antwortet, dass die Erstellung derzeit erfolgt und sie hofft, dass noch im Sommer die Homepage fertig ist.

d) **Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez** erkundigt sich nach der Sanierung des Spielplatzes in der Schärf-Straße. Sind die Spielgeräte schon saniert und wird auch ein Sonnensegel aufgestellt?

Bürgermeisterin Claudia Schlager berichtet, dass Herr Dirnbauer von der Bauabteilung einen Plan über die Attraktivierung und Umgestaltung des Spielplatzes entworfen hat. Es ist dabei nicht nur ein Sonnensegel sondern auch die Beschattung durch Bäume angedacht, es ist derzeit alles vorbereitet und soll noch heuer umgesetzt werden.

Ersatzgemeinderätin Kerstin Hötschl erkundigt sich nach der Einsichtnahme in diesen Plan. Hier stellt die Bürgermeisterin fest, dass nach Terminvereinbarung jederzeit der Plan eingesehen werden kann, weiters betont sie, dass auch Spielgeräte berücksichtigt worden sind für Kinder mit Beeinträchtigungen.

Pkt. 5 Öffentliches Wassergut – Übereinkommen für die Einleitung von Oberflächenwässern in den Marzerbach

Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits berichtet, dass für die Einleitung von Regenwässern des neuen Gewerbegebietes Walbersdorf Am Anger in den Marzerbach mit der Republik Österreich eine Vereinbarung abzuschließen ist und bringt den wesentlichen Inhalt der Vereinbarung zur Kenntnis.

Gemeinderat Andreas Feiler erkundigt sich, ob die Querung des Güterweges im Wege einer Künette und die Einleitung durch ein Rohr erfolgen werden. Bürgermeisterin Schlager antwortet, dass in diesem Fall keine Furt errichtet und daher ein Rohr verlegt wird.

Nach Beantwortung dieser Frage fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag des Vizebürgermeisters Ing. Illedits einstimmig – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Das zwischen der Republik Österreich, Öffentliches Wassergut, vertreten durch den Landeshauptmann von Burgenland, und der Stadtgemeinde Mattersburg abgeschlossene Übereinkommen betreffend die Benützung des Öffentlichen Wassergutes für die Errichtung

und den Betrieb einer Einleitung des retendierten Oberflächenwassers aus dem Rückhaltebecken von Grundstück Nr. 1660 in den Marzerbach wird im Wortlaut des vorliegenden Originalvertrages, von dem eine Ausfertigung diesem Beschluss anzuschließen ist, genehmigt.

Pkt. 10 Sportverein MSV 2020 – Vereinbarung über die Nutzung des Pappelstadions

Gemeinderat Ing. Andreas Korzil berichtet von den bekannten langwierigen Verhandlungen mit den Vereinsvertretern und dem provisorischem Beschluss vom März 2023 und stellt fest, dass nunmehr alle Voraussetzungen für eine Beschlussfassung vorliegen und auch die notwendigen Beilagen für die Vereinbarung gemeinsam erstellt wurden.

Stadtrat Thomas Haffer erkundigt sich nochmals nach dem Zeitpunkt des Beginns dieser Vereinbarung und dem Inhalt der Beilagen, diese Fragen werden von Bürgermeisterin Claudia Schlager beantwortet.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher fasst daraufhin der Gemeinderat über den Antrag des Gemeinderates Ing. Korzil einstimmig – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Ergänzend zum Beschluss des Gemeinderates vom 16. März 2023 wird die vorliegende Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Mattersburg und dem Mattersburger Sportverein 2020, Mattersburg, Langegasse 27, über die Benützung der Einrichtungen und Sportanlagen im Mattersburger Pappelstadion, nunmehr beginnend mit 01. Juli 2023 und einer Benützungspauschale in Höhe von jährlich Euro 21.600,00 (indexgebunden), genehmigt.

Pkt. 11 Pappelstadion Mattersburg – weitere Auftragsvergaben zum Ausbau der Infrastruktur und der laufenden Instandhaltung

Gemeinderätin Mag. Martina Mayer-Hofmann präsentiert die vorliegende Projektliste mit den geplanten Aufgaben und Vergaben und stellt den Antrag auf Zustimmung zu der Vergabe von insgesamt gerundet Euro 606.300,--.

Gemeinderat Martin Haas erkundigt sich nach den voraussichtlichen Gesamtkosten, nach der Errichtung der Einfriedungsmauer, nach den dazugehörenden Vergleichsanboten, und nach der möglichen Nutzung der bereits angekauften Heurigengarnituren, diese Fragen werden von Bürgermeisterin Claudia Schlager und Gemeindegassier Karl Aufner beantwortet.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez erkundigt sich nach der Begründung, warum bei einzelnen Positionen nur eine gerundete Schätzungssumme steht.

Dazu stellt Amtsleiter Aufner fest, dass bei manchen Gewerken der Anbieter den Materialbedarf auch nur schätzen kann und nach tatsächlichem Verbrauch abrechnen wird.

Nach dieser kurzen Diskussion fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag der Gemeinderätin Mag. Martina Mayer-Hofmann mehrheitlich – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil, dafür stimmen 23 Gemeinderäte, und zwar Bürgermeisterin Claudia Schlager, Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits, die Stadträte Thomas Haffer, Ing. Thomas Tschach, Martin Aufner, Viktoria Lehrner-Fabes und Margit Adam, weiters die Gemeinderäte Johann Tschürtz, Sophia Wilfing, Martin Pöttschacher, Christian Ulrich, Gertrude Handler, Peter Pregl, Andreas Feiler, Markus Pinter, Martin Haas, Ing. Thomas Szlavich, Mag. Martina Mayer-Hofmann, Ing. Andreas Korzil, Peter Wagentristl, Richard Haiden, Ersatzgemeinderat Thomas Lang und Ersatzgemeinderätin Kerstin Hötschl – dagegen stimmt eine Gemeinderätin, und zwar Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez – folgenden

Beschluss:

Für die notwendige Herstellung der Nutzungstüchtigkeit und der Generalsanierung des Pappelstadions werden die in der Beilage aufgelisteten Auftragsvergaben an die genannten Firmen zu einer derzeitigen Gesamtvergabesumme in Höhe von gerundet Euro 606.300,00 vergeben.

Pkt. 12 Umwidmung von Teil-Grundstücken in der Wiener Straße, KG Mattersburg von AB in BB – Verordnung – Beschlussfassung. –

Stadtrat Ing. Thomas Tschach präsentiert den Verordnungsentwurf und begründet diese Teilumwidmung in Bauland-Betriebsgebiet.

Stadtrat Thomas Haffer erkundigt sich nach der ursprünglichen Widmung in den 1970er-Jahren und hält fest, dass die ÖVP-Fraktion derzeit nicht noch eine Baustelle in der Stadt für notwendig erachtet und sieht diese Entwicklung sehr kritisch. Er hält fest, dass die ÖVP-Fraktion erst zustimmen wird, wenn alle anderen Projekte umgesetzt worden sind und sich daher heute enthalten wird.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza-Vasquez betont, dass seit 2023 ein neues Gesetz gilt, dass die Errichtung von Einkaufszentren am Ortsrand einschränkt. Man sollte rechtzeitig überlegen, ob die Notwendigkeit besteht, ob die Kunden vorhanden sind und ob nachhaltige Schritte, z. B. bei der Bodenversiegelung gesetzt werden.

Gemeinderat Peter Pregl erkundigt sich was mit der Umwidmung erreicht werden soll und nach dem vorgesehenen Projekt.

Bürgermeisterin Claudia Schlager hält fest, dass einerseits fast täglich ansiedlungswillige Unternehmer anfragen, darunter auch Einzelhandelsunternehmer. Andererseits wohnen in diesem Stadtgebiet rund 2.500 Einwohner, die keinen Nahversorger in unmittelbarer Nähe vorfinden und daher auf das Auto oder den MABU angewiesen sind.

Es folgt daraufhin eine kurze Diskussion über den Leerstand an Geschäften, auch in den bisherigen Einkaufszentren, auf die jedoch laut Bürgermeisterin die Stadtgemeinde keinen Einfluss hat.

Gemeinderat Peter Wagentristl kritisiert den Informationsmangel zu diesem Projekt, vergleicht dies auch mit dem weiteren Objekt in der Innenstadt, kritisiert die mögliche Verkehrsentwicklung und will einen Lebensmittelhändler aus verkehrstechnischer Sicht eher in der Innenstadt ansiedeln.

Anschließend wird über den abgesetzten Tagesordnungspunkt zum Thema Teilbebauungsplan Innenstadt diskutiert, daran beteiligen sich außer Gemeinderat Wagentristl auch Bürgermeisterin Schlager und Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits.

Gemeinderat Johann Tschürtz bemerkt, dass das Thema Bodenversiegelung bei dieser Umwidmung nicht relevant sein kann, in der näheren Umgebung des Feuerwehrhauses ist der Boden ja bereits versiegelt. Ein Lebensmittelmarkt hat bei in der Umgebung wohnenden 2.500 Einwohnern sicher seine Berechtigung, für ihn sei dieser Standort noch Ortsgebiet. Über seine entsprechende Nachfrage bestätigt Bürgermeisterin Schlager, dass bei einer möglichen Ansiedlung natürlich der Verkehrsplaner eingebunden werden wird.

Gemeinderat Andreas Feiler bemerkt unter anderem, dass durch diese weitere Versiegelung bei Starkregenereignissen die Überschwemmungen in der Innenstadt steigen werden, hier sei vorzusorgen.

Abschließend erläutert OAR Karl Aufner die gesetzlichen Bestimmungen des Bgld. Raumplanungsgesetzes, die für diese Umwidmung anzuwenden sind.

Nachdem daraufhin niemand mehr das Wort wünscht fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag der Gemeinderätin Mag. Martina Mayer-Hofmann mehrheitlich – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil, dafür stimmen 15 Gemeinderäte, und zwar Bürgermeisterin Claudia Schlager, Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits, die Stadträte Ing. Thomas Tschach, Martin Aufner und Viktoria Lehrner-Fabes, weiters die Gemeinderäte Sophia Wilfing, Martin Pöttschacher, Christian Ulrich, Gertrude Handler, Markus Pinter, Ing. Thomas Szlavich, Mag. Martina Mayer-Hofmann, Ing. Andreas Korzil, Richard Haiden und Ersatzgemeinderat Thomas Lang – dagegen stimmen neun Gemeinderäte, und zwar die Stadträte Thomas Haffer (Enthaltung) und Margit Adam (Enthaltung), weiters die Gemeinderäte Johann Tschürtz (Enthaltung), Peter Pregl (Enthaltung), Andreas Feiler (Enthaltung), Martin Haas (Enthaltung), Peter Wagentristl (Enthaltung), Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez und Ersatzgemeinderätin Kerstin Hötschl (Enthaltung) – folgenden

Beschluss:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Mattersburg vom 20. Juni 2023, Zl. III/12, mit welcher festgestellt wird, dass die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

Aufgrund des § 45 Abs. 2 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969, i.d.g.F. wird verordnet:

§ 1

Die widmungsgemäße Verwendung von Teilflächen (laut Vermessungsurkunde der Dipl.-Ing. Helmut und Markus Jobst, Mattersburg, GZ. 18210a/23) der Grundstücke Nr. 5368, 5369, 5370 und 5371, alle KG Mattersburg (Gewerbegebiet Wiener Straße) im Gesamtausmaß von 9.727 m², ist zulässig, weil die Erschließung dieses Gebietes durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

§ 2

In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baufreigaben und Baubewilligungen nach dem Bgld. Baugesetz sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen aufgrund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Pkt. 16 Schulstartgeld

Der Tagesordnungspunkt 16 ist von allen Gemeinderäten der Liste TVM gemäß § 38 Abs. 4 der Bgld. GemO 2003 beantragt worden.

Gemeinderat Johann Tschürtz leitet mit der Bemerkung ein, dass er davon ausgeht, dass dieser Antrag wieder abgewiesen wird. Er erläutert trotzdem aber die Beweggründe seiner Fraktion zu diesem Antrag und hält fest, dass die Stadt Mattersburg damit eine Vorreiterrolle einnehmen und sich dieses Schulstartgeld auch leisten könne.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez schlägt als Alternative die Ausgabe von Gutscheinen vor, damit diese Unterstützung auch ausschließlich den Kindern zugutekommen kann.

Gemeinderat Tschürtz und Gemeinderätin Mag. Mendoza Vasquez diskutieren kurz über die Sinnhaftigkeit einer Gutscheinaktion. Auch Gemeinderat Peter Pregl beteiligt sich an dieser Diskussion mit der Bemerkung, dass Gutscheine nur für Anschaffungen, jedoch nicht für den laufenden Schulbetrieb, wie z.B. für Ausflüge verwendet werden können.

Stadträtin Viktoria Lehrner-Fabes verweist in ihrer Stellungnahme zuerst auf die grundsätzlichen Aussagen bei der ersten Behandlung dieses Tagesordnungspunktes im Dezember 2022 und ergänzt, dass die Klassenlehrer die Notwendigkeit von Unterstützungsleistungen für Kindern sehr wohl erkennen und hier für eine Unterstützung durch den Elternverein sorgen und auch immer wieder Kontakt mit der Stadtgemeinde für eine Unterstützung aus dem Sozialtopf aufnehmen, damit das Recht auf Bildung für die Kinder bestmöglich gewährleistet werden kann.

Auch Gemeinderat Mgr. Martin Pöttschacher betont, dass die Lehrer als Experten vor Ort hier eine Brückenfunktion zwischen Kindern, Eltern und dem Elternverein und der Gemeinde haben und die Lehrer mit Eltern hier auch eine Vertrauensbasis aufgebaut haben.

Gemeinderat Tschürtz schließt mit der Bemerkung, dass er zwar einige Argumente verstehe, aber er niemand in der Rolle eines Bittstellers sehen will, er wiederholt seine Ausführungen und seinen Antrag.

Nachdem daraufhin niemand mehr das Wort wünscht stimmt nunmehr der Gemeinderat über den Antrag des Gemeinderates Johann Tschürtz ab.

Der Antrag wird mehrheitlich – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil, dafür stimmen acht Gemeinderäte, und zwar die Stadträte Thomas Haffer und Margit Adam, weiters die Gemeinderäte Johann Tschürtz, Peter Pregl, Andreas Feiler, Martin Haas, Peter Wagenristl und Ersatzgemeinderätin Kerstin Hötschl – dagegen stimmen 16 Gemeinderäte, und zwar Bürgermeisterin Claudia Schlager, Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits, die Stadträte Ing. Thomas Tschach, Martin Aufner und Viktoria Lehrner-Fabes, weiters die Gemeinderäte Sophia Wilfing, Martin Pöttschacher, Christian Ulrich, Gertrude Handler, Markus Pinter, Ing. Thomas Szlavich, Mag. Martina Mayer-Hofmann, Ing. Andreas Korzil, Richard Haiden, Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez und Ersatzgemeinderat Thomas Lang – abgelehnt.